

## Risiken des Arbeitgebers in der Betriebsprüfung

Arbeitnehmerüberlassung, Mindestlohn, Scheinselbstständigkeit und der Zoll

Bearbeitet von  
Dr. Christian Zieglmeier, Stephan Rittweger

1. Auflage 2016. Buch. XXVI, 246 S. Kartoniert  
ISBN 978 3 406 70259 4  
Format (B x L): 14,1 x 22,4 cm

[Recht > Sozialrecht > Sozialrecht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

**Aktuelles Recht  
für die Praxis**



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Risiken des Arbeitgebers in der Betriebsprüfung

Arbeitnehmerüberlassung, Mindestlohn,  
Scheinselbstständigkeit und der Zoll

Ratgeber

bearbeitet von

**Dr. Christian Zieglmeier**  
Richter am Landessozialgericht  
München

**Stephan Rittweger**  
Vors. Richter am Landessozialgericht  
München

2016

**[www.beck.de](http://www.beck.de)**

ISBN 978 3 406 70259 4

© 2016 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co.KG  
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: jürgen ullrich typosatz, 86720 Nördlingen

Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## **Vorwort**

Zoll- und Betriebsprüfungen der Deutschen Rentenversicherung rücken die Arbeitgeberrisiken aus dem sozialversicherungsrechtlichen Beitragsrecht mehr und mehr in den Fokus der arbeits- und sozialrechtlichen Praxis. Während lange Zeit Nachforderungen wegen beitragsrechtlicher Falschbehandlung von Entgeltbestandteilen als eher lästig angesehen worden sind, bildet mittlerweile der Einsatz von Fremdpersonal einen Prüfungsschwerpunkt mit weitreichenden Auswirkungen. Die Auftragsvergabe an Selbstständige oder an Werkvertragsunternehmer, die nur dem Schein nach selbstständig sind oder im Werkvertrag stehen, lässt immer wieder Beitragsschulden entstehen, die Strafverfahren, Insolvenzen, Haftungs- und Regressansprüche nach sich ziehen. Das Beitragsrecht des Sozialgesetzbuchs ist somit zum Mittelpunkt einer Gesamtverantwortung geworden, die ein umsichtiges und wohlinformiertes Handeln erfordern.

Unser Ziel ist es, hierzu das bestmögliche Know-How mit dem vorliegenden Buch an die Hand zu geben. Gleichzeitig erinnern wir daran, dass die Arbeitgeber für ihre Beschäftigten den Gesamtsozialversicherungsbeitrag zu entrichten haben und dass aus diesen Beiträgen direkt Ansprüche und Anwartschaften auf Rente, auf Kranken- und auf Arbeitslosengeld entstehen. Die hieraus resultierende Verantwortung der Arbeitgeber gilt es zu betonen. Diese besondere Verantwortung aus Beitrag und Leistung ist auch einer der Gründe, warum die Compliance im Bereich des Beitragsrechts binnen Kurzem besondere Bedeutung erlangen wird.

Unser Werk ist entstanden aus einer Vielzahl von Anregungen, die wir über mehrere Jahre hinweg in unserer richterlichen Arbeit, aber insbesondere auch als Referenten zu diesem Thema erhalten haben. Dafür sei allen gedankt, die offen, vorbehaltlos und auch mit klaren Worten mit uns in einen sozialrechtlichen Dialog getreten sind.

Ganz besonders danken möchten wir unseren Ehefrauen und unseren Kindern. Ohne ihre große Geduld und ohne ihre Unterstützung wäre das vorliegende Buch nicht möglich gewesen.

München im September 2016  
*Christian Zieglmeier, Stephan Rittweger*



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	XIX
<b>Kompass: Überblick über das beitragsrechtliche Gesamtmandat</b>	<b>1</b>
<b>Teil 1. Verfahren – Beitragsrecht – Schwerpunkte anwaltlicher Tätigkeit</b>	
<b>A. Zollverfahren – Betriebsprüfung – Einzugsstellenverfahren</b>	
I. Aufdeckungsrisiko durch engmaschige Behördenzusammenarbeit und sog Whistleblower .....	3
II. Das Zollverfahren .....	5
1. Rechtsgrundlagen und Zuständigkeit .....	5
2. Aufgaben .....	6
3. Prüfung .....	7
a) Anfangsverdacht? .....	7
b) Befugnisse .....	9
aa) Betretungsrecht und Einsichtsrecht in Unterlagen ..	9
bb) Vollstreckung der Duldungs- und Mitwirkungspflichten .....	9
cc) Durchsuchung nach SchwarzArbG und StPO .....	11
dd) Befragungsrecht .....	13
III. Betriebsprüfung durch die Rentenversicherungsträger .....	14
1. Eigene Prüfung mit eigenen Ermittlungen .....	15
2. Arbeitgeber als Adressat .....	16
3. Prüfungsgegenstand .....	17
4. Prüfungsintervall .....	19
5. Verjährungshemmende Wirkung .....	21
6. Verwaltungsverfahren nach § 8 SGB X .....	21
7. Abschluss der Prüfung .....	22
8. Checkliste: Der Prüfer kommt .....	24
IV. Das Einzugsstellenverfahren .....	24
1. Laufende Überwachung .....	24
2. Zuständigkeit .....	25
3. Kontrollkompetenzen .....	25
4. Rechtssicherheit? .....	26
a) Keine leistungsrechtliche Bindungswirkung .....	27
b) Erstattung zu Unrecht gezahlter Beiträge .....	27



	Seite
<b>B. Grundlagen des Beitragsrechts</b>	
I. Bedeutung der Beiträge .....	28
1. Rentenversicherung .....	28
2. Krankenversicherung .....	28
3. Arbeitslosenversicherung .....	28
4. Unfallversicherung .....	28
II. Beitragsverantwortung – Beitragsumfang – Beitragshaftung ..	29
1. Meldepflichten gegenüber der Einzugsstelle .....	29
2. Abführung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags .....	30
3. Beitragshaftung .....	31
4. Keine – volle – Verantwortlichen-Haftung .....	32
III. Versicherungspflicht und Beschäftigungsverhältnis .....	33
1. Beschäftigungsverhältnis – Arbeitsverhältnis – steuer- rechtliches Dienstverhältnis .....	33
2. Geringfügige Beschäftigung .....	37
a) Versicherungsfreies Beschäftigungsverhältnis .....	38
b) Berechnungsbeispiel .....	39
c) Mehrere geringfügige Beschäftigungen .....	40
d) Schadensersatz auf Zahlung des Arbeitnehmer-Anteils	41
3. Midi-Zone § 20 SGB IV .....	42
4. Rentenversicherungspflicht Selbstständiger .....	42
a) Grundzüge .....	43
b) Beginn der Versicherungspflicht .....	44
c) Beitragstragung und -zahlung .....	45
d) Beitragshöhen .....	45
e) Beitragsverfahren, Betriebsprüfung, Beanstandungs- schutz .....	46
5. Unternehmensversicherung nach dem SGB VII .....	46
IV. Arbeitsentgelt gem. § 14 SGB IV iVm SVEV .....	47
1. Ursache in einem Beschäftigungsverhältnis .....	48
2. Bruttoarbeitsentgelt .....	48
3. Unmaßgeblichkeit von Bezeichnung und Form einer Einnahme .....	49
4. Einschränkung durch die Sozialversicherungsentgelt- verordnung .....	49
5. „Nettolohnoptimierung“ im Beitragsrecht .....	50
6. Fälligkeit der Beiträge .....	51
7. Arbeitshilfe .....	51
V. Entstehungsprinzip gem. § 22 SGB IV .....	51
1. Normzweck und Abgrenzung zum Zuflussprinzip gem. § 11 EStG .....	52
2. Rechtsprechung der Bundesgerichte .....	52

	Seite
3. Für – arbeitsrechtlich – geschuldetes Entgelt .....	54
4. MiLoG und Tarifvertrag .....	56
a) Beitragsrisiko bei Mindestlohnunterschreitung .....	56
b) Beitragsrisiko untertarifliche Bezahlung .....	57
5. Arbeitnehmerüberlassungsgesetz/equal-pay/ Scheinwerk- verträge .....	57
6. Ausnahme für Einmalzahlungen – Urlaubs-, Weihnachts- geld, Boni .....	58
VI. Fälle mit Auslandsberührung .....	59
1. Grundzüge .....	59
a) Steuerrecht .....	59
b) Arbeitsrecht .....	59
c) Sozialrecht .....	60
d) Überblicksskizze Unterschiede im Steuer-, Arbeits- und Sozialrecht bei Fällen mit Auslandsberührung .....	60
2. Prinzip der Territorialität und über- sowie zwischen- staatliches Recht .....	61
3. Sozialrecht der EU .....	61
a) Kernregelung Entsendung .....	62
aa) Grundsatz .....	62
bb) Entsendung Selbstständiger .....	63
cc) Bindung an Entsendebescheinigung .....	63
b) Gewöhnliche Mehrstaatentätigkeit .....	64
4. Zwischenstaatliches Recht – Bilaterale Sozial- versicherungsabkommen .....	65
5. Ausstrahlung und Einstrahlung nach dem SGB IV .....	66
6. Übersicht anzuwendendes Recht in Fällen der Auslands- berührung .....	68
VII. Beiträge in der Insolvenz .....	68
1. Insolvenz beendet nicht Beschäftigung .....	68
2. Insolvenz unterbricht sozialgerichtliches Verfahren .....	69
3. Beiträge für die Zeit nach Eröffnung des Insolvenz- verfahrens .....	69
4. Beiträge für die Zeit vor Eröffnung des Insolvenz- verfahrens .....	70
5. Insolvenzantrag der Einzugsstelle gem. § 14 InsO .....	70
6. Anfechtung der Zahlungen an die Einzugsstelle durch den Insolvenzverwalter .....	71
VIII. Vollstreckung durch die Einzugsstellen .....	71
IX. Unternehmensnachfolge/Betriebsübergang .....	73
1. § 75 Abs. 1 S. 1 AO .....	73
2. § 25 Abs. 1 HGB .....	73
3. § 613a BGB .....	74

	Seite
4. Aktuelle Entwicklung .....	75
5. Freistellungsklausel bei Unternehmenskauf .....	75
 <b>C. Verschulden des Arbeitgebers als Beitragsmultiplikator</b>	
I. Verschuldenstatbestände .....	77
1. Alleinlast des Arbeitgebers .....	77
a) § 28g S. 3 SGB IV .....	77
b) Schadensersatz- oder Erstattungsanspruch des Arbeitgebers .....	77
2. Nettolohnvereinbarung § 14 Abs. 2 S. 2 SGB IV .....	78
a) Legaldefinition „Illegale“ Beschäftigung .....	79
b) Lohnsteuerklasse VI .....	79
c) Teilschwarzlohnzahlungen .....	80
d) Verschulden als ungeschriebene Tatbestandsvoraussetzung .....	81
aa) Rechtsprechung BSG .....	81
bb) Verschuldensmaßstab .....	81
e) Verfünfachtes Beitragsrisiko .....	82
f) „Unmögliches Nettoentgelt“ .....	83
3. Säumniszuschläge § 24 SGB IV .....	84
a) Höhe .....	84
b) Unverschuldet keine Kenntnis von der Zahlungspflicht .....	85
4. 30-jährige Verjährung § 25 SGB IV .....	86
a) Bewusste und gewollte Beitragsvorenthaltung .....	87
b) Anfänglich Gutgläubiger Arbeitgeber – Vorsatz vor Eintritt der Verjährung .....	87
c) Hemmung der Verjährung durch eine Betriebsprüfung gem. § 28p SGB IV .....	88
d) Rechtspolitischer Handlungsbedarf .....	88
II. Bedeutung des subjektiven Tatbestands im Gesamtmandat .....	88
1. Ausstrahlung in alle Fachgerichtsbarkeiten .....	89
a) Verfahrensüberlegungen .....	89
b) Geständnis im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren .....	89
2. Vorsatzmaßstab und Beweisanforderungen .....	91
a) Gutgläubigkeit .....	91
b) Auswirkungen einer Lohnsteueraußenprüfung .....	92
c) Fallgruppen .....	93
d) Beweislast .....	94
3. Irrtumsproblematik .....	95
4. Organisationsverschulden – Zurechnung – Hilfspersonen .....	95
5. Verschulden wegen unterlassener Klärung .....	97

	Seite
<b>D. „Rückwirkend“ in die GKV – Was wird nun mit der PKV bzw. der freiwillig GKV?</b>	
I. Private Krankenversicherung .....	101
1. Kündigung gem. § 205 VVG und MB/KK .....	101
2. Drei-Monats-Frist .....	102
II. Freiwillig gesetzliche Krankenversicherung .....	103
<b>E. Unkalkulierbarer Risikobereich Unfallversicherung (SGB VII)</b>	
I. Beschäftigung und Beitragspflicht .....	104
II. § 110 Abs. 1a SGB VII .....	104
1. Scheinwerkvertrag und Scheinselbstständigkeit als typischer Anwendungsfall .....	105
2. Nichtentrichtung der Beiträge .....	105
3. Verschuldensunabhängig .....	106
4. Haftungsumfang .....	106
5. Verzicht .....	107
6. Rechtsweg .....	107
<b>F. Schwerpunkte anwaltlicher Tätigkeit</b>	
I. Scheinselbständigkeit .....	109
1. Fallgruppe „Wesentliche Betriebsmittel“ .....	109
a) OP-Pfleger .....	109
b) Kranführer/Maschinenführer .....	112
2. Fallgruppe „Verwaltungsrechtliche Erlaubnis“ .....	112
a) Wach- und Sicherheitsdienst .....	112
b) Fahrlehrer .....	113
c) LKW-, und Transport- und Personenfahrer .....	114
3. Fallgruppe „Sowohl als auch“ bzw. „the same but different“ .....	116
II. Arbeitnehmerüberlassung – Scheinwerkverträge – equal pay .....	116
1. AÜG bis 31.12.2016 im Vergleich zur künftigen Regelung .....	116
a) Statusrechtliche Abgrenzung .....	116
b) Scheinwerkvertrag ohne AÜG-Erlaubnis .....	118
aa) Verwaltungsakt Erlaubnis .....	119
bb) Arbeitsrechtliche Folgen der fehlenden Erlaubnis ..	119
cc) Bußgeld-, Haftungs- und Straftatbestände .....	119
c) Scheinwerkvertrag mit AÜG-Erlaubnis .....	120
aa) Auswirkungen des „Reservefallschirms“ .....	120
bb) Risiken .....	121
2. Beitragshaftung .....	122

	Seite
a) Illegale Arbeitnehmerüberlassung (§ 28e Abs. 2 S. 3 und 4 SGB IV) .....	122
b) Arbeitnehmerüberlassung mit Erlaubnis (§ 28e Abs. 2 S. 1 und 2 SGB IV) .....	122
c) Schnellübersicht „Scheinwerkvertrag“ (Rechtslage bis In-Kraft-Treten AÜG-2017) .....	123
3. AÜG-E 2017 .....	123
a) Abschaffung der „Vorratsverleiherlaubnis“ (Kennzeichnungspflicht) .....	123
b) Höchstüberlassungsdauer .....	124
c) Equal pay .....	125
d) Widerspruchsrecht des Leiharbeitnehmers .....	126
III. Zwischenschaltung einer Gesellschaft .....	127
1. Ausgangslage .....	127
2. Risiken .....	128
IV. Beitragsrechtliche Besonderheiten für GmbH-Geschäftsführer.....	128
1. Fremdgeschäftsführer .....	128
2. Gesellschafter-Geschäftsführer .....	129
3. Rechtsprechung des BSG aus dem Jahre 2015 .....	130
a) Aufgabe der „Kopf und Seele-Rechtsprechung“ .....	131
b) Stimmbindungsverträge .....	131
V. Durchsetzung des MiLoG über das Beitragsrecht .....	132
1. DRV als Kontrollinstanz des MiLoG .....	132
2. Beitragsberechnung aus dem „Phantomlohn“ .....	133
3. Verschulden bei MiLoG-Verstößen .....	134
4. BAG und MiLoG .....	135

**Teil 2. Risiken der Betriebsprüfung außerhalb des SGB und Rechtsschutz**

**A. Fernwirkungen der Betriebsprüfung**

I. Insolvenzverfahren – Insolvenzdelikte – Anwaltshonorar .....	137
1. Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi) .....	137
2. Unterbrechung des Verfahrens nach § 28p SGB IV .....	138
3. Insolvenzdelikte bei Beitragsrückstand .....	138
a) Bankrott § 283 Abs. 1 Nr. 5 und 7 StGB .....	139
b) Verletzung der Buchführungspflicht § 283b StGB .....	140
c) Insolvenzverschleppung § 15a InsO .....	140
4. Haftungsgefahren .....	142
a) Keine Zahlung an Gesellschafter .....	142
b) Zahlungen nach Insolvenzreife .....	142
5. Anwaltshonorar bei „Insolvenzmandaten“ .....	143

	Seite
II. Steuerrechtliche Auswirkungen .....	143
1. Haftung für nicht abgeführte Lohnsteuer .....	143
2. Lohnsteuer auf Arbeitnehmeranteile („Steuer auf Beitrag“) .....	144
3. Haftung der Vertreter nach § 69 AO .....	145
4. Kein „Beitrag auf Beitrag“ .....	145
5. Ertragssteuerrecht: Beitragsnachforderungen sind als Verbindlichkeit zu bilanzieren .....	146
a) § 249 Abs. 1 S. 1 HGB iVm § 5 Abs. 1 S. 1 EStG .....	146
b) Wertungswiderspruch .....	147
6. Umsatzsteuer .....	147
7. Steuerhinterziehung .....	148
III. Beitragsvorenthaltung gem. § 266a StGB .....	148
1. Zuständigkeit .....	149
2. Die Tathandlungen gem. § 266a Abs. 1 und 2 StGB .....	149
3. Möglichkeit der Beitragsabführung .....	150
a) Zahlungsunfähigkeit .....	150
b) Vorrang der Arbeitnehmeranteile .....	151
4. Unternehmensinterne Kompetenzaufteilung .....	152
5. Beitragsabführungspflicht versus Masseerhaltungspflicht .....	153
6. Dauerdelikt und Verjährung .....	154
7. Sozialrechtsakzessorietät und Blankettgesetz .....	154
a) Sozialrechtliche Auslegung .....	154
b) Art. 103 Abs. 2 GG .....	156
8. Strafbefreiende Selbstanzeige (§ 266a Abs. 6 StGB) .....	157
a) Rechtzeitige und vollständige Offenbarung .....	157
b) Nachzahlung der Beiträge .....	157
c) Schriftliche Selbstanzeige .....	157
9. Konkurrenz zu § 263 StGB und § 370 AO .....	158
10. Höhe der Beitragshinterziehung und Strafumfang .....	159
a) Beispiele .....	159
b) Besonders schwerer Fall .....	159
11. Verfahrensrechtliche Besonderheiten .....	160
12. Dinglicher Arrest .....	161
13. Strafrechtliche Weiterungen .....	162
a) Registereinträge und Ausschluss von öffentlichen Aufträgen .....	162
b) Berufsverbot .....	163
c) Inhabilität .....	163
d) Konzessionsträger .....	164
e) Leistungserbringer nach dem SGB XI – Pflegeeinrichtung .....	164
f) Waffen-, Jagd-, Pilotenschein .....	164

	Seite
IV. Organhaftung gem. § 823 Abs. 2 BGB iVm § 266a StGB .....	165
1. Einzugsstelle (Krankenkasse) als Gläubiger .....	165
2. Kein Anspruch der Arbeitnehmer .....	166
3. Zuständigkeit der Zivilgerichte .....	166
4. Vorsatz .....	166
5. Beweislast und Verjährung .....	167
6. Haftungsumfang .....	169
a) Arbeitnehmer-Anteil .....	169
b) Prozesskosten, Zinsen und Säumniszuschläge .....	169
c) Kausalität .....	169
7. Konkurrenz § 28p SGB IV zu § 823 Abs. 2 BGB .....	170
8. Privatinsolvenz .....	171
a) Ausgenommen von der Restschuldbefreiung .....	171
b) D&O-Versicherung .....	171
c) Prepackaged plan .....	171
V. Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG .....	172
1. Adressat der Geldbuße .....	173
2. Täter .....	173
3. Anknüpfungstat .....	174
a) § 266a StGB .....	174
b) § 130 OWiG .....	174
4. Ausschluss der Unternehmensgeldbuße .....	175
5. Verfahren .....	176
6. Rechtsnachfolge .....	176
7. § 29a OWiG als Weg? .....	176
8. Steuerliche Relevanz .....	177
a) Geldbuße .....	177
b) Kosten der Rechtsberatung .....	177
9. Bußgeldregress .....	178
10. Spill-over der Geldbuße auf Mitarbeiter und Kunden .....	179
VI. Compliance-Haftung .....	179
1. Innenregress .....	179
2. Compliance der Sozialversicherungsträger .....	181
3. Beitragsrealisierungspflicht .....	182
VII. Beraterhaftung .....	183
1. Ausgangslage .....	183
2. Eckpfeiler der Beraterhaftung .....	183
3. Hinweis auf Insolvenzantrag .....	184
a) Beitragsrechtliches Mandat .....	184
aa) Grundsatz .....	185
bb) Risikoquelle .....	185
b) Umfassendes wirtschaftsrechtliches Mandat .....	185

**B. Rechtsschutz im Zoll- und Betriebsprüfungsverfahren**

I. Rechtsschutz gegen Zollmaßnahmen .....	186
1. Maßnahmen nach SchwarzArbG .....	186
a) Einspruch gem. § 357 AO .....	186
b) Antrag auf Aussetzung der Vollziehung § 361 Abs. 2 AO bzw. § 69 Abs. 3 und 4 FGO .....	186
c) Statthafte Klageart .....	187
2. Ermittlungsmaßnahmen nach der StPO .....	187
a) Beschwerde gem. §§ 304 ff. StPO .....	187
b) § 98 Abs. 2 S. 2 StPO analog .....	188
c) Zwangsvollstreckung nach StPO (Dinglicher Arrest) ...	188
II. Rechtsschutz im sozialrechtlichen Betriebsprüfungsverfahren	189
1. Rechtsschutz bei der Deutschen Rentenversicherung .....	190
a) Widerspruch gem. §§ 83 ff. SGG .....	190
b) Überprüfungsantrag gem. § 44 SGB X .....	191
c) Antrag auf Aussetzung der Vollziehung gem. § 86a Abs. 3 SGG .....	191
2. Rechtsschutz im gerichtlichen Verfahren .....	192
a) Anfechtungsklage gem. § 54 Abs. 1 S. 1 SGG .....	192
b) Berufung .....	192
c) Revision .....	192
3. Einstweiliger Rechtsschutz .....	193
a) Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung ....	193
b) Prüfungsmaßstab .....	193
aa) Liquiditätsstatus .....	195
bb) Hängebeschluss .....	195
cc) Beraterhaftung und Anwaltshonorar .....	196
4. Stundung und Erlass bei den Einzugsstellen .....	197
a) Antrag nach § 76 SGB IV .....	197
b) Voraussetzungen .....	198
c) Verzinsung und Sicherheitsleistung .....	199

**Teil 3. Risikomanagement**

**A. Präventives Risikomanagement**

I. Compliance-Management .....	201
1. Keine allgemeine Rechtspflicht .....	201
2. Compliance-Richtlinien .....	202
a) Information der Personalverantwortlichen .....	202
b) Vertragsgestaltung und Kontrolle der Vertrags- ausführung .....	202



	Seite
c) Dokumentation .....	202
d) Statusklärung nach § 7a SGB IV .....	203
3. Controlling .....	203
II. Anfrageverfahren nach § 7a SGB IV .....	203
1. Entscheidung im Anfrageverfahren .....	204
a) Inhalt der Entscheidung .....	204
b) Leistungsrechtliche Bindung .....	204
2. Späterer Beginn der Versicherungspflicht .....	205
3. Besondere Fälligkeit der Beiträge nach Statusfeststellung .....	207
4. Prozessuales .....	208
a) Gefahr divergierender Entscheidungen/Gemeinschaftliche Klageerhebung .....	208
b) Streitwert: Auffangstreitwert oder tatsächliches Beitragsrisiko .....	209
c) Antragsrücknahme .....	210
5. Ausschluss .....	210
6. Kein automatisches Beitragserstattungsverfahren .....	210
7. „Negatives Tatbestandsmerkmal“ .....	211
8. Korrelat: Amtshaftungsanspruch bei unrichtiger Auskunftserteilung .....	212
9. Reformgedanken .....	213
III. Antrag bei der Einzugsstelle nach § 28h Abs. 2 SGB IV .....	213
1. Versicherungspflicht und Beitragshöhe .....	213
2. Personenbezogene Feststellungen .....	213
3. Keine leistungsrechtliche Bindungswirkung .....	214
4. Bindungswirkung für das Besteuerungsverfahren .....	214
5. Abgrenzung zum laufenden Beitragseinzug .....	214
6. Korrelat: Amtshaftungsanspruch bei unrichtiger Auskunftserteilung .....	215
7. Drittanfechtungsklage von Sozialversicherungsträgern .....	215
IV. Statusklärung Gesetzliche Unfallversicherung SGB VII .....	216
V. Anrufungsauskunft gem. § 42e EStG beim Finanzamt .....	216
VI. Rentenversicherungspflicht für Selbstständige .....	217
1. Beitragstragung durch Selbständigen .....	217
2. Bindungswirkung eines Befreiungsbescheids gem. § 6 Abs. 1a SGB VI .....	218
3. Keine Klagebefugnis des Arbeitgebers .....	219
VII. Freiwillige Unternehmensversicherung nach dem SGB VII .....	219
VIII. Zahlung der Beiträge .....	219
1. Im laufenden Beitragseinzugsverfahren .....	219
2. Erstattungsansprüche .....	220
IX. Beitragszahlung unter Vorbehalt und Erstattungsantrag .....	221

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XVII
	Seite
<b>B. Rückwirkendes Risikomanagement – Altfälle – Selbstanzeige .....</b>	224
<b>C. Risiko-/Verfahrensmanagement im Prüfverfahren</b>	
I. Betriebsprüfung § 28p SGB IV .....	225
II. Einigungsbemühung auf Ebene der Prüfdienste .....	225
III. Antrag auf Stundung, Niederschlagung und Erlass bei der Einzugsstelle .....	226
IV. Gerichtliche Klärung .....	226
<b>D. D&amp;O-Versicherung (Schutz des Privatvermögens)</b>	
I. Absicherung von Organhaftungsansprüchen .....	228
II. Ausschluss bei wissentlicher oder vorsätzlicher Pflichtver- letzung .....	229
<b>E. Minderung der Steuerlast .....</b>	230
<b>Anhang: Schriftsatzmuster und Muster-Prozessvereinbarung</b>	
I. Schriftsatzmuster Eilantrag Aufschiebende Wirkung .....	231
II. Muster Prozessvereinbarung Pilotverfahren .....	240
Sachverzeichnis .....	243



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG